

Kreistagssitzung 13.11.2017
Haushaltsrede
(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, Bürgerinnen und Bürger, Vertreter*innen der Presse, Kolleginnen und Kollegen im Kreistag

In den vergangenen Jahren wurden uns stets hochgradig defizitäre Haushalte vorgelegt. Mit eingezogenen Köpfen verabschiedeten wir die Rekordverschuldung und die Rekordkreisumlage. Für das kommende Jahr 2018 kommt von den sprudelnden Steuereinnahmen nun auch etwas bei uns an. Ohne unsere Pflichtaufgaben, Beispiel Schulen, zu vernachlässigen ist es der Verwaltung gelungen, für 2018 drei Investitionsschwerpunkte zu setzen: Breitbandausbau, Straßenerhalt und Radwegbau sowie den Wohnungsbau.

Breitbandausbau / Industrie 4.0 / Bildung / Berufsschulen

Wir begrüßen, dass kreisweit alle Bürger*innen und Unternehmen auch mit regionaler Unterstützung ans schnelle Breitbandnetz angeschlossen werden. Dies ist wichtig, damit unsere ländlichen Räume im Rems-Murr-Kreis auch lebendig bleiben. Junge Leute, Ärzte, Startups, selbst Lebensmitteldiscounter werden sich dort sonst nicht halten oder neu ansiedeln lassen. Auch die bestehenden Betriebe sind auf ein gutes Netz angewiesen.

Aus allen Kommunen besuchen Schüler*innen die Kreisschulen, die mit AV Dual einen sehr wichtigen Baustein zur Integration leisten. Wir beobachten die Entwicklung in Sachen Industrie 4.0 durchaus kritisch. Wenn Chips und Sensoren statt Menschen die Steuerung von Maschinen übernehmen werden sich viele Arbeitsplätze verändern. Deshalb ist es wichtig, dass junge Menschen im Kreis bestmöglich ausgebildet werden. Die guten Kooperationen zwischen unseren Betrieben und den Kreis-Schulen gilt es weiter zu stärken, beispielsweise durch die gemeinsame Errichtung von Showrooms.

Bezahlbarer Wohnraum

Lokal nicht lösbar sind auch die Ursachen weltweiter Migrationsbewegungen. Die Unterdeckung des Wohnraumbedarfs im Rems-Murr-Kreis resultiert jedoch nicht allein aus der Zuweisung von Geflüchteten. Schon lange haben Wohnungssuchende mit vielen Kindern, mit wenig Einkommen, mit ausländischem Namen oder mit Bedarf an Barrierefreiheit schlechte Karten bei der Wohnungssuche. Inzwischen findet aber auch die von unseren Kliniken verzweifelt gesuchte Krankenschwester keinen bezahlbaren Wohnraum mehr im Rems-Murr-Kreis – und wandert dann dahin ab, wo der Klinikbetreiber ihr welchen anbietet! Hier waren der Kreis und die Kommunen schlichtweg lange nicht ausreichend aktiv. Die Kreisbaugruppe stärkt den sozialen Zusammenhalt, wenn sie für eine gute Durchmischung von Mieterinnen und Mietern in den kreiseigenen Gebäuden sorgt. Wir sagen ausdrücklich „Ja“, wenn **die Kreisbaugruppe** neue Werte schafft und mit erhöhtem Eigenkapital wieder **den** Wohnungsbestand anstrebt, den **die Kommunen** vor ca. 25 Jahren verkauft haben, werte Herren Bürgermeister! Die Regelleistung für Sozialleistungsempfänger zahlt der Bund – die Unterkunftskosten bleiben an den kommunalen Trägern hängen. Mit mehr eigenem Wohnungsbestand hat der Kreis über die Kreisbau somit wenigstens eine kleine Stellschraube zur Ausgabensenkung im Sozialhaushalt in der Hand. Die Stadt Stuttgart betreibt das mit Ihrer SWSG einigermaßen erfolgreich.

Gleichzeitig steigt auf der anderen Seite die Quadratmeterzahl pro Person kontinuierlich an. Wir als Gesellschaft leben also auch hier über unsere Verhältnisse. Grund und Boden sind nicht vermehrbar und bei jeder Versiegelung ist die Erfordernis gut abzuwägen. Auch wenn die Freunde größtmöglicher Bauherrenfreiheit in der aktuellen Lage fordern, unbremst weitere Ackerflächen und Hanglagen mit Aussicht zu bebauen, so tut der Kreis gut daran, nur in integrierten Lagen zu bauen. Der immer noch gültige Beschluss, ein Musterlandkreis beim Klimaschutz sein zu wollen verträgt sich weder mit einer weiteren Verschiebung der Siedlungsgrenzen noch mit der damit verbundenen Erzeugung von noch mehr Verkehr.

Straßen, Radwege, ÖPNV

Auch Sanierungsmaßnahmen im Straßenbau sind eine Form von Schuldenabbau. Trotz unserer grundsätzlich kritischen Haltung gegenüber Fördermaßnahmen für den Individualverkehr sehen auch wir die Notwendigkeit, den Bestand an Kreisstraßen in einem guten und vor allem sicheren Zustand zu erhalten. Allerdings ist eine Verschiebung der bei der Region nicht abgerufenen ÖPNV-Mittel in den Straßenbau mit uns so nicht zu machen. Diese Mittel sollten der Verbesserung des ÖPNV im Rems-Murr-Kreis zu Gute kommen. Daher wünschen wir zunächst möglichst im nächsten UVA einen

Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen, Rems-Murr-Kreis

Christel Brodersen, Schorndorf (Vorsitzende) / Christine Besa, Leutenbach (stellv. Vorsitzende) / Bernd Messinger, Murrhardt (stellv. Vorsitzender)

Alfonso Fazio, Waiblingen / Dr. Astrid Fleischer, Kernen / Petra Häffner, Schorndorf / Willi Halder, Winnenden / Willy Härtner, Backnang / Peter Höschele, Rudersberg

Ursula Heß-Naundorf, Fellbach / Ulrike Sturm, Backnang/ Erich Wägner, Plüderhausen

detaillierten Bericht, ob im Rems-Murr-Kreis nun die Pflichten aus dem ÖPNV-Pakt (Andienung aller S-Bahnen im Halbstunden-Takt tagsüber) erfüllt werden oder ob hier noch Mehrbedarf besteht.

Verbesserungsmöglichkeiten bieten beispielsweise auch viel genutzte Strecken, die mit dem ÖPNV unattraktiv sind, da dieser doppelt so viel Zeit benötigt wie die Fahrt mit dem Auto - beispielsweise die Strecke Backnang – Schorndorf - (inklusive einer bei diesem Wetter höchst ungemütlichen Wartezeit am Bahnhof Waiblingen). Eine gut vertaktete und damit auch schnellere halbstündige Verbindung Bus/Wieslaufbahn käme nicht nur den Berufsschüler*innen zugute. Wir **beantragen**, dass die aus der Region zurückfließenden, nicht abgerufenen ÖPNV-Mittel in Verbesserungen der ÖPNV-Verbindungen im Rems-Murr-Kreis investiert werden.

Für uns Grüne ist auf den ersten Blick der Investitionsschwerpunkt „Radwegebau“ höchst erfreulich. Bei genauerer Betrachtung erweist er sich leider als eine Mogelpackung. Von den insgesamt für die Kreisstraßen geplanten 7,5 Millionen sollen gerade einmal 50.000 Euro für den Radwegebau eingesetzt werden. Das ist nicht zukunftsfähig, das ist nicht bedarfsgerecht, das bringt uns unseren Klimaschutzzielen nicht näher! Der Boom beim Pedelec-Verkauf und das gestiegene Gesundheitsbewusstsein beweisen, dass immer mehr Menschen auf eine emissionsarme Fortbewegungsart umsteigen möchten. Voraussetzung dafür sind jedoch sichere, alltagstaugliche und durchgängige Radwege. Was in vielen anderen Bundesländern Standard ist, steckt hierzulande noch in den Anfängen; da können und müssen wir zügig aufholen. Dazu müssen auch im Landratsamt die Prioritäten entsprechend gesetzt werden. Der Erhalt von Radwegen ist zudem weit günstiger als der von Straßen, denn diese werden nicht mit jährlichen Steigerungsraten beim Schwerverkehr – siehe Haushaltsplan Seite 321 - von 20 % belastet. Wir hoffen, Sie Herr Landrat machen sich bei dieser Entwicklung für einen Anteil an der Lkw-Maut stark. Auch wenn ich seit 28 Jahren im Murrthal wohne räume ich einem Remstalschnellradweg vorderste Priorität ein, denn dieser sollte bis zur Remstalgartenschau 2019 fertig sein. Die Remstalgartenschau wird in den Medien besondere Beachtung finden, deshalb muss uns eine positive Berichterstattung wichtig sein, schließlich tragen wir die REMS im Namen.

Uns Grüne treiben aber noch andere Sorgen um.

Klimaschutz und Naturschutz

Auf jedem Weltklimagipfel werden die Zahlen dramatischer: Der CO₂-Ausstoß steigt und steigt. Wärmster Tag, kälteste Aprilmacht, wärmster Monat, höchste Regenmenge pro Quadratmeter, größter Hurrikan, nie dagewesene Überschwemmung, brutalste Hungerkatastrophe – ein Rekord jagt den nächsten. Weder die Kanzlerin noch wir hier im Rems-Murr-Kreis halten die Ziele ein, die wir uns im Klimaschutz gesetzt haben. Das Klima wandelt sich noch schneller als befürchtet.

Uns erschreckt der dramatische Rückgang an Insekten, das Verstummen der Vögel. Insekten stehen nur am Beginn der Nahrungskette. Keine Insekten bedeutet nicht nur keine Nahrung für eine Vielzahl von Tieren. Es bedeutet keine Bestäubung von Pflanzen, kein Obst und Gemüse. Keine Vögel bedeuten auch keine Verbreitung von Samen über den Vogelkot. Die Ursachen sind unstrittig: der Verlust von Lebensraum und die intensive Landwirtschaft mit Überdüngung und unbotmäßigem Einsatz von Insektiziden. Deswegen ist es dringend geboten, die Landwirte dabei zu unterstützen, brachliegende Flächen, Blühstreifen mit einheimischen Pflanzen und Hecken zwischen den Ackerflächen zu erhalten oder sogar neu anzulegen. Hier bitten wir die Verwaltung darauf hin zu wirken, dass die Landwirtschaft entsprechende Förderanträge bei der EU stellt und dass Landschaftspflegeverträge abgeschlossen werden.

Wir verstehen nicht, warum das Projekt ECOfit -Umweltschutz in Unternehmen- gestrichen worden ist. Auch Landwirtschaft und Industrie können mithelfen, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Wir möchten die Verwaltung daher dringend bitten, diesen Titel beizubehalten. Das Tempo, mit dem die Altlastverdachtsflächen untersucht werden ist ebenfalls zu steigern.

Energetische Sanierung

Die Notwendigkeit von energetischer Sanierung ist inzwischen unumstritten, allerdings sollten wir hier zukünftig keine halben Sachen mehr machen wie bei der Sanierung des Kreisschullandheims Mönchhof. Durch unsere Hartnäckigkeit wurde die Sanierung der Heizung zwar umgesetzt. Allerdings wurde durch die Intervention von AFD und CDU ein alter Ölkessel am Leben gelassen. Damit der alte Ölkessel weiter laufen kann musste der Pelletlagerraum verkleinert werden, damit dort neue Öltanks aufgestellt werden konnten. Durch eine reine Pelletheizung und den Austausch der vorhandenen defekten Sonnenkollektoren hätte man bei gleichem Mitteleinsatz für eine weitere Verbesserung der CO₂ Bilanz gesorgt und ein wirkliches Vorzeigeprojekt geschaffen. Eine vertane Chance für einen besseren Klimaschutz.

Nein, wir geben nicht auf, weder beim Schuldenabbau noch beim CO₂-Ausstoß. Wir wollen wenigstens lokal unserer Verantwortung für die nachfolgenden Generationen gerecht werden.

Wir rufen daher die Oberbürgermeister und Bürgermeister*innen auf, wieder zum Konsens der letzten beiden Jahre zurück zu kehren und nicht fünf der mühsam erarbeiteten 17,2 Investitionsmillionen für sich zu fordern. Denn auch bei ihnen steigen die Einnahmen. Und alle genannten Kreisinvestitionen kommen auch Ihnen zugute.

Wir unterstützen die 35,6 Prozentpunkte

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit!